



Herbert Schui

Politische Mythen & elitäre Menschenfeindlichkeit

**Halten Ruhe und Ordnung
die Gesellschaft zusammen?**

VSA:

Herbert Schui
Politische Mythen &
elitäre Menschenfeindlichkeit

Herbert Schui (1940-2016) war Professor für Volkswirtschaftslehre an der ehemaligen HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, von 2005 bis 2010 Mitglied im Deutschen Bundestag für DIE LINKE.

Herbert Schui

**Politische Mythen &
elitäre Menschenfeindlichkeit**

Halten Ruhe und Ordnung die Gesellschaft zusammen?

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2018, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe von 2014
Titelfoto: Jenzig71/photocase.com
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-598-8

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
-------------------------	---

Politische Mythen

1. Der Mythos vom Leistungsträger	17
2. Der Mythos Staatsverschuldung	24
3. Der Mythos vom Markt und Wettbewerb	34
4. Der Exportmythos	50
5. Der Demografiemythos	57
6. Das zweite Wirtschaftswunder	69
7. Demokratie als marktkonforme parlamentarische Mitbestimmung	75
8. Die Befriedung der Ghettos: Klassenapartheid und bedingungsloses Grundeinkommen	85
9. Einheitssprache und vereinheitlichte öffentliche Meinung	92
10. Das Spiegelbild der Vereinheitlichung: die Abwertung schwacher Gruppen	99
11. Auslese als Bindeglied zwischen Faschismus und entkultiviertem Bürgertum	102
12. Bildung und Opposition: Die Halbbildung des entkultivierten Bürgertums	117

Einleitung

In den entwickelten Industrieländern nehmen Armut und Reichtum gleichermaßen zu. Offenbar haben die (ohnehin) Reichen Macht genug, sich einen immer steigenden Teil der Produktion anzueignen. Der sinkende Anteil des Lohnes am Volkseinkommen zeigt dies. Worin besteht diese Macht? Die Sache ist kompliziert, denn die Wohlhabenden schicken ja keine bewaffneten Horden aus, um bei den Armen zu plündern. Vielmehr ermöglichen unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse diese Verteilung; sie erlaubt den Wohlhabenden offenbar, zunehmend auf den neu produzierten Reichtum zuzugreifen. Verändert werden kann das nur, wenn die Arbeitenden in der Lage sind, in erfolgreichen Konflikten ihren Anteil an der Produktion zu steigern. Damit ist die Strategie für ihre Gegner festgelegt: Wenn sie sich ungestört und reibungslos weiter bereichern wollen, müssen sie besorgt sein, dass ein Konflikt nicht aufkommt. Wenn eben möglich, soll das ohne rohe Polizeigewalt erreicht werden. Darin besteht die Kunst. Der Konflikt muss verhindert werden, noch bevor er entsteht. In der Hauptsache besteht die Strategie aus Beschwichtigung. Dies bedeutet, nicht einfach den Konflikt zu verdämmen, sondern sein Gegenteil zu idealisieren: die Ruhe, die Ordnung, den Frieden. Die Schlüsselworte sind gesellschaftlicher Zusammenhalt, sozialer Friede als »hohes Gut« – oder, wenn es in einigen Varianten auch etwas kritisch ausfallen soll, der neue Gesellschaftsvertrag.

Sozialer Zusammenhalt wird etwas unterschiedlich definiert: Sehr häufig aber wird damit, besonders in der englischsprachigen Literatur, eine Politik mit dem Ziel des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Rassen und Klassen angesprochen. (Sicherlich wird in Deutschland aus bekannten Gründen der Begriff friedlichen Zusammenlebens der »Rassen« vermieden und ersetzt durch Wendungen mit dem Schlüsselwort »Integration«.) *Ob nun* sozialer Zusammenhalt oder sozialer Friede positiv zu bewerten ist, hängt davon ab, wie er zustande kommt, was seine Grundlage ist. Soziale Klassen können friedlich zusammenleben, wenn sich ihr Lebensstandard, ihre Lebenschancen nicht zu sehr unterscheiden, wenn die Gesellschaft nicht gekennzeichnet ist durch maßlose Armut auf der einen und übermäßigen Reichtum auf der anderen Seite. Diese Gesellschaft hat wahrscheinlich keine tiefgreifenden Konflikte zu erwarten, auch wenn sie eine Klassengesellschaft ist. Denn ist ein hinreichender sozialer Ausgleich zustande gekommen, dann kann es sein, dass die meisten keinen handfesten Grund sehen, die Gesellschaft, in der sie leben, für ungerecht, für veränderenswert zu halten. Andererseits lässt sich in Phasen mit relativem Massenwohlstand

und Vollbeschäftigung oft mehr Opposition beobachten. Die Gewerkschaften der 1960er Jahre können hierfür als Beispiel dienen. Aber auch Zufriedenheit mit der Lage belegt nicht, dass es in dieser Gesellschaft keine Gründe gibt, über den sozialen Ausgleich hinauszugehen.

Fraglich ist allerdings, ob in einer Gesellschaft, die vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gekennzeichnet ist, ein durch Ausgleich begründeter sozialer Friede dauerhaft sein kann. Er ist wohl stets ein Kompromiss, der dann aufgegeben wird, wenn sich das soziale Kräfteverhältnis verändert. Darüber belehren uns die letzten 50 Jahre sehr eindringlich. Die Redensart vom (neuerlichen) Klassenkampf von Oben will das verdeutlichen. Nun wird aber ein sozialer Friede als Ergebnis eines erfolgreichen Konfliktes, der »von Unten« organisiert wurde, bezahlt mit materiellen Zugeständnissen »von Oben«, also mit der Hergabe von Gewinn und Macht. Deswegen muss »Oben« alles daransetzen, den sozialen Frieden anders als durch materielle Zugeständnisse abzusichern. Solche Strategien müssen nicht zwingend das materielle Entgegenkommen rundweg ablehnen; es ist ja schon viel dazugewonnen, wenn sie helfen, die Zugeständnisse niedrig zu halten.

Grundsätzlich gibt es *drei Strategien der Befriedung*: Eine erste Strategie ist, Lohn und sozialstaatliche Leistungen soweit zu erhöhen, dass sich Opposition nicht formiert. Ziel ist hier nicht einfach, dem Konflikt zuvorzukommen, sondern vorsorglich jede politische Organisation, die Konflikte planvoll gestalten könnte, zu verhindern – oder einzubinden. (In der BRD der Nachkriegszeit war dies die Strategie der irenischen, d.h. der friedensstiftenden Formel der Sozialen Marktwirtschaft.) Eine zweite Möglichkeit ist die Inszenierung von politischen Mythen, die die Bereitschaft zum Konflikt dämpfen oder ihn in eine andere Richtung lenken. Dies wird ergänzt, indem Tatsachen verfälscht oder verschwiegen werden. Drittens schließlich kann gesellschaftliche Stabilität durch offene Repression hergestellt werden. Diese kann sich zum einen gegen die Gewerkschaften richten oder entschieden linke Parteien, zum anderen aber – das interessiert hier besonders – gegen all diejenigen, die arbeitslos sind oder sozialstaatlich unzureichend versorgt sind (Altersrenten, Krankenversorgung, Erziehungseinrichtungen usw.). Repression heißt hier, auszusondern, die Betroffenen zum Gegenstand von Verachtung machen, um Solidarisierung mit ihnen zu verhindern.

Die empirische Sozialforschung beschreibt dies mit Begriffen wie rohe Bürgerlichkeit oder Entkultivierung des Bürgertums. Diese Aussonderung verhilft dazu, für die anderen das Bewusstsein von Homogenität zu schaffen: Sie alle zusammen gehören, wenn schon nicht der Oberschicht, so doch der Mittelschicht an. Sie sind die Arbeitsamen, die Leistungsträger. Der Duden definiert den Leistungsträger als jemand, der »durch die eigene Leistung entscheidend zu

einer Gesamtleistung, zu einem Gesamterfolg beiträgt«. Das macht ihn gemeinschaftsfähig. Wer dieser homogenen Gruppe nicht angehört, ist Versager.

Für materielle Zugeständnisse aufgeschlossen zeigen sich *die* Institutionen der Europäischen Union oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der Europarat stellt fest: »Sozialer Zusammenhalt ist die Fähigkeit einer Gesellschaft, die Wohlfahrt all ihrer Mitglieder zu gewährleisten, indem sie Ungleichheit möglichst gering hält und Polarisierung vermeidet. Denn«, so weiter, »alle Gesellschaften müssen mit Spannungen und Belastungen leben, die durch Spaltung und mögliche Spaltung verursacht werden. Zum Beispiel gibt es in allen Gesellschaften eine ungleiche Verteilung des Vermögens zwischen Reicheren und Ärmeren; wenn diese Ungleichheit übermäßig wird oder dazu neigt anzusteigen, ist der Zusammenhalt gefährdet.«¹ Ähnlich betont die Europäische Kommission, dass Armut und Armutsrisiko, Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit und unzureichende soziale Absicherung wesentlich sind für den sozialen Zusammenhalt.²

Die gleiche Richtung verfolgt die OECD. 2011 hat die Organisation eine viel beachtete und viel kritisierte Untersuchung zur Ungleichheit in ihren Mitgliedsländern herausgebracht. Darin heißt es, dass die Ungleichheit »unvermeidlich die wirtschaftliche Leistung insgesamt beeinträchtigen wird, auch wenn der Zusammenhang nicht direkt ist. Ungleichheit vergrößert überdies die politischen Herausforderungen, weil sie gesellschaftlichen Groll erzeugt und politische Instabilität hervorruft. Sie kann auch populistische, protektionistische und Anti-Globalisierungshaltungen befördern. Die Leute werden nicht länger Freihandel und freie Märkte unterstützen, wenn sie der Meinung sind, dass sie verlieren, während eine kleine Gruppe von Gewinnern reicher und reicher wird.«³

Die Veröffentlichung sorgte auch deswegen für Unbehagen, weil sie zu einer progressiveren Einkommenssteuer rät. Auch Maßnahmen zur Eindämmung der Steuerflucht, die Abschaffung von Steuererleichterungen für Besserverdienende oder der Ausbau von Steuern auf Vermögen und Grundbesitz werden angeregt. Gleichzeitig seien staatliche Transferzahlungen wichtiger als je zuvor, um

¹ Europarat, Committee of Ministers, 878th meeting 31 March 2004, Appendix 7 (Item 6.1), European Committee for Social Cohesion (CDCS), Revised Strategy for Social Cohesion, Part I – Social Cohesion: a priority for the Council of Europe.

² Europäische Kommission 2006: Portfolio of Overarching Indicators and Streamlined Social Inclusion, Pensions, and Health Portfolios, S. 7-13.

³ OECD, Divided We Stand – Why Inequality Keeps Rising, Paris 2011, S. 40. (Wegen der doppelten Bedeutung von »to stand« kann die Passage: »People will no longer support open trade and free markets (...)« auch übersetzt werden mit »Die Leute werden nicht länger Freihandel und freie Märkte ertragen (...)«

die anhaltenden – und durch die Rezession oft verschärften – Verluste für Menschen mit niedrigem Einkommen auszugleichen. Das war entschieden zu viel für die deutsche Regierung! Denn schon im Oktober 2008 hatte die OECD mit ihrer Studie zu wachsender Ungleichheit, Einkommensverteilung und Armut für Nervosität gesorgt.⁴ Dort heißt es: »Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land.« Die Bertelsmann Stiftung reagierte hierauf mit der Veröffentlichung einer Interpretation der OECD-Untersuchung unter dem verharmlosenden Titel »Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?« Ja, wo steht Deutschland? Die OECD hatte doch eine Antwort gegeben!

Nun sind ohne Zweifel Europarat und Europäische Kommission ebenso wie die OECD dem Wirtschaftsliberalismus verpflichtet. Der Sozialstaat ist nicht ihr Anliegen. Aber bei aller Freude darüber, dass sich dieser Liberalismus mehr und mehr durchsetzt: Diesen Einrichtungen ist klar, wie sehr die Stabilität des Systems bei einer allzu ungleichen Verteilung und bei zunehmend geringeren sozialstaatlichen Leistungen gefährdet ist. (Diese grundlegende Erkenntnis allerdings macht sich in der Politik der Kommission und des Rates gegenüber den südeuropäischen Krisenländern nicht bemerkbar.) Dennoch behalten die nüchternen Analysen dieser Einrichtungen ihren Wert.

Die Inszenierung von *politischen Mythen als zweite Strategie* versucht es mit Suggestion: Die soziale Umwelt soll wahrgenommen werden als eine Welt, die keinen Anlass bietet, Konflikte einzugehen. Hierzu dient, von der Wirklichkeit abzulenken oder sie als »alternativlos« darzustellen: Mit dem, was ist, muss man sich abfinden, man muss sich ihm unterwerfen, weil es naturgesetzlich und nicht zu ändern ist. Werden die Verhältnisse so wahrgenommen, dann hat es wirklich keinen Sinn, sich aufzulehnen, einen Konflikt einzugehen. Denn gegen wen soll rebelliert werden? Der Mythos wendet sich gegen ein wissenschaftliches Weltbild, das ja einschließt, die Wirklichkeit verändern zu wollen, statt sich mit ihr passiv abzufinden. An seine Stelle soll ein magisches Weltbild treten, bei dem allgemeingültige Regeln von Ursache und Wirkung ignoriert werden. Der politische Mythos will zur Irrationalität erziehen. Dies wiederum kann dazu führen, dass soziale Konflikte an der falschen Stelle aufbrechen, also – beabsichtigt oder nicht – verschoben werden. Dies ist der Fall, wenn für Arbeitslosigkeit nicht die Wirtschaftspolitik, das Wirtschaftssystem verantwortlich gemacht werden, sondern zugewanderte Ausländer. (Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche!) Ohne Zweifel gehört die sprachliche Manipulation zum Mythos, so zum Bei-

⁴ Growing unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, OECD 2008.

spiel, wenn der Begriff des Sozialstaates durch den Begriff des sozialen Zusammenhalts verdrängt wird.

Offensichtlich ist der politische Mythos brauchbar als Instrument der Manipulation. Warum aber ist er attraktiv für die Objekte der gezielten, aber unmerklichen Beeinflussung? Worauf, auf welche Schwäche zielt der Mythos ab? Eine solide Antwort hierauf lässt sich in Ernst Cassirers »Vom Mythos des Staates«⁵ finden. Im Kapitel über die »Technik der modernen politischen Mythen« schreibt er, dass der Mythos »seine volle Kraft erreicht (...), »wenn der Mensch einer ungewöhnlichen und gefährlichen Situation begegnen muß,« einer Aufgabe, »die über seine natürlichen Kräfte weit hinauszugehen scheint.«⁶ Zwar scheinen Mythos und Magie eher Kennzeichen vergangener Kulturen zu sein, aber, so Cassirer weiter, beides gilt auch für »weit fortgeschrittene Stadien des politischen Lebens des Menschen. In verzweifelten Lagen will der Mensch immer Zuflucht zu verzweifelten Mitteln nehmen – und die politischen Mythen unserer Tage sind solche verzweifelten Mittel gewesen. Wenn die Vernunft uns im Stiche gelassen hat, bleibt immer die ultima ratio, die Macht des Wunderbaren und Mysteriösen.« Denn: »In allen kritischen Augenblicken des sozialen Lebens des Menschen sind die rationalen Kräfte, die dem Wiedererwachen der alten mythischen Vorstellungen Widerstand leisten, ihrer selbst nicht mehr sicher.«⁷ Dann entstehen Mythen. Aber diese sind keine spontanen Reaktionen in Fällen, in denen die Wirklichkeit nicht mehr erklärt werden kann und nicht veränderbar erscheint; sie werden vielmehr lanciert. »Die neuen politischen Mythen wachsen nicht frei auf; sie sind keine wilden Früchte einer üppigen Einbildungskraft. Sie sind künstliche Dinge, von sehr geschickten und schlaun Handwerkern erzeugt. Es blieb dem zwanzigsten Jahrhundert, unserem eigenen großen technischen Zeitalter, vorbehalten, eine neue Technik des Mythos zu entwickeln. Künftig können Mythen im selben Sinne und nach denselben Methoden produziert werden, wie jede andere moderne Waffe – wie Maschinengewehre oder Aeroplane.«⁸

Das Besondere am Mythos ist, dass er niemanden mit Gewalt dazu zwingen will, in bestimmter Weise zu denken oder zu handeln. Denn ein solches offenes Vorgehen kann dazu führen, dass nun erst recht nach Freiheit verlangt wird. Deswegen »gingen die modernen politischen Mythen auf ganz andere Weise vor. Sie begannen nicht damit, bestimmte Handlungen zu fordern oder zu ver-

⁵ Ernst Cassirer, *Vom Mythos des Staates*, Hamburg 2002, Erstveröffentlichung 1946 *The Myth of the State*.

⁶ Ebenda, S. 362f.

⁷ Ebenda, S. 364f.

⁸ Ebenda, S. 367f.

bieten. Sie unternahmen es, die Menschen zu wandeln, um imstande zu sein, ihre Taten zu regulieren und zu beherrschen. Die politischen Mythen handeln auf dieselbe Weise wie eine Schlange, die versucht, ihre Opfer zu lähmen, bevor sie sie angreift.« So kommt es, dass die Menschen beginnen, »auf die gleiche Weise zu fühlen, zu denken und zu sprechen. (...) Sie handeln wie Marionetten in einem Puppenspiel – und sie wissen es nicht einmal.«⁹

Die Menschen sind also besonders in »ungewöhnlichen und gefährlichen Situationen« reif für den Mythos; sie sind es in einer Lage, für die sie vergeblich eine Erklärung suchen, in einer Lage, die sie besorgt macht und die sie fürchten, nicht meistern zu können. Deswegen, so das gegenwärtig gängige Verständnis, soll der politische Mythos »eine sinnstiftende Erzählung (sein), die Unbekanntes oder schwer Erklärliches vereinfacht mit Bekanntem erklären will«.¹⁰ Auf diese Weise soll Orientierung geschaffen werden. Bestimmte Fragen sollen nicht gestellt oder – wenn das nicht gelingt – doch wenigstens falsch beantwortet werden. Um ein Beispiel zu nennen: Die Arbeitsproduktivität in Industrieländern wie Deutschland ist hoch und steigt weiter an. Wenn aber in einer Arbeitsstunde viel und immer mehr hergestellt werden kann, dann ist es doch absurd, wenn die Armut zunimmt. Denn die Arbeitsproduktivität ist doch die Grundlage für einen höheren Lebensstandard, für mehr Freizeit, höheren Lohn, mehr und besseren öffentlichen Dienst, so bei den Schulen, der Krankenversorgung, den kulturellen Einrichtungen, für zivilisatorischen Fortschritt allgemein. Würde die steigende Armut (die öffentliche und die private) bei ebenfalls steigender Arbeitsproduktivität verstanden als Absurdität, dann müsste das zu Verteilungskonflikten führen. Das soll nicht sein.

Deswegen muss ein politischer Mythos her, der dem Ganzen einen Sinn gibt. Beispiele für solche politischen und ökonomischen Mythen lassen sich leicht finden: Hoher Lohn schafft Arbeitsplätze – in Fernost, gesetzlicher Mindestlohn kostet Arbeitsplätze, höhere Steuern für Leistungsträger lassen die Wirtschaft erlahmen, Staatsschulden bedeuten, sich an kommenden Generationen zu versündigen, die Altersrente hängt vom Kinderreichtum ab. Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Der Zweck dieser Parolen ist, politische Aktionen, die auf Veränderung, auf eine Verringerung der Gewinne, auf eine vernunftgeleitete Nutzung der hohen und steigenden Arbeitsproduktivität abzielen, zu verhindern. Nicht mit Gewalt, sondern indem die Überzeugung vorherrschend gemacht wird, dass solche Aktionen die Lage nur verschlechtern, oder wenigstens, dass die kritisierten Zustände Schicksal sind, das hinzunehmen ist, sich

⁹ Ebenda, S. 373f.

¹⁰ Heidi Hein-Kircher, Politische Mythen, Bundeszentrale für politische Bildung, aus: Politik und Zeitgeschichte 2007, Politische Psychologie, APuZ 11/2007.

nicht ändern lässt. Politische Mythen sollen der Tatenlosigkeit, der Resignation einen Sinn geben.

»Dies erklärt, warum gerade in gesellschaftlichen und politischen Umbruchphasen, zu Krisenzeiten, politische Mythen eine Renaissance erleben. In dieser Sinngebungs- und Ordnungsfunktion liegen die Kraft und die Bedeutung von politischen Mythen für moderne Gesellschaften, zumal ihnen in einer säkularen Welt Orientierungs- und Sinngebungsmöglichkeiten fehlen (...).«¹¹ Sie stellen »gewissermaßen eine Art Religionsersatz dar (...).«¹¹ Staatsverschuldung zu interpretieren als Versündigung an den Kindern, als Sünde in einem religiösen Sinn, ist hierfür ein handgreifliches Beispiel. Es geht also um die Deutungshoheit, die Deutungsmacht. Zu diesem Zweck sind Mythen ein Mittel der Politik. Sie interpretieren und rechtfertigen Handlungen und Unterlassungen gegenüber denjenigen, deren Interesse durch diese Handlungen und Unterlassungen verletzt wird.

Das Bekannte, auf das der Mythos etwa bei der Ablehnung der Staatsverschuldung aufbaut, ist die Propagandafigur der schwäbischen Hausfrau, die sich nicht verschuldet und damit dem Nachweis dient, dass Staatsverschuldung vermieden werden soll. Oder, als beabsichtigte Suggestion, der Kindesmissbrauch bei der Versündigung an künftigen Generationen durch Staatsverschuldung. Das Bekannte als Grundlage und die unzulässige Analogie sind wichtig, damit der (irreführende) Mythos als Erklärung brauchbar wird, damit die Botschaft verstanden wird. Und überdies »bestrahlt« der Mythos »die Mythenmacher (...) mit dem Glanz der dargestellten Leistung«.¹²

Aber nicht einzig Mythenbildung soll einem Konflikt vorbeugen, sondern auch *Verfälschen und Verschweigen*. Ein Beispiel ist der Reichtumsbericht der Bundesregierung (Lebenslagen in Deutschland) vom September 2012. Im Entwurf hieß es: »Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen.« In der endgültigen Fassung heißt es stattdessen, dass sinkende Reallöhne »Ausdruck struktureller Verbesserungen« am Arbeitsmarkt seien. Die Passage, dass »im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro« arbeiten, wurde völlig gestrichen. Zur gleichen Zeit gibt es zunehmend Bemühungen, Armut zu relativieren. Ausgegeben wird die Parole »Jammern auf hohem Niveau«. Das, was die Berichte unter arm verstehen, soll so als irreführend, als falsch erscheinen, als das Bedauern von wohlmeinenden, aber wirklichkeitsfremden Leuten. Gerne wird darauf hingewie-

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

sen, dass beispielsweise der Lebensstandard der in Deutschland vermeintlich Armen weit über dem der Vollzeitbeschäftigten etwa in Bangladesch liege. Für Raffelhüschen klingt die Armutsdebatte »irgendwie komisch«. »Wir haben im Moment das reichste Deutschland, das wir jemals gehabt haben. Dieses Jammern auf unglaublich hohem Niveau ist wirklich nicht mehr faßbar.«¹³ Die am häufigsten genannte Kritik an den Armutsberichten oder an den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist, dass dort als arm gilt, wer weniger als 60% des Medianeinkommens hat.¹⁴ Bei allgemein steigendem Einkommen ist es möglich, dass das Einkommen der Ärmern nicht oder weniger steigt. Ist dies der Fall, steigt der Anteil der (statistisch) Armen an. Dieser Einwand trifft zu. Dennoch ist die kritisierte Armutsdefinition richtig, weil sie nicht nur den absoluten Lebensstandard misst, sondern auch den Anteil des ärmeren Bevölkerungsteils am Gesamteinkommen beachtet. Die Kritik nämlich will eines nicht gelten lassen: Selbst wenn die Zahl der relativen Armen im Sinne der Einwände statistisch verzerrt ist, zeigt diese Zahl die wachende Ungleichheit in Deutschland.¹⁵ Hierüber soll nicht nachgedacht werden. Die Parole »Jammern auf hohem Niveau« hat viel Erfolg.

Ebenfalls im Herbst 2012 greift die Bertelsmann Stiftung die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf. Während der Europarat den Zusammenhalt

¹³ »Dieses Jammern auf hohem Niveau ist nicht mehr faßbar!«, Diskussion mit Reinhard Keim (Vodafone D2), Frank Neuroth, (Victoria Lebensversicherung), Bernd Raffelhüschen (Professor am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg), Siegfried Schlumbohm (Gesamtbetriebsrat British Telecom Deutschland), Welt online 5.2.2006.

¹⁴ Definiert ist das Medianeinkommen in dieser Weise: Es ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Würde man die Bevölkerung nach der Höhe ihres Einkommens sortieren und dann zwei gleich große Gruppen bilden, würde die Person, die genau in der Mitte dieser Verteilung steht, das Medianeinkommen beziehen. (DIW Glossar)

¹⁵ Die preisbereinigten verfügbaren Einkommen von 1999 bis 2009 verdeutlichen dies. Das reale Einkommen der ärmeren Hälfte der Einkommensbezieher sank in dieser Zeit um rund 5%. Die Einkommen des ärmsten Zehntels nahmen sogar um knapp 10% ab. Grundsätzlich ist deswegen am Begriff der relativen Armut festzuhalten, weil mit ihm die Forderung verbunden ist, dass Arbeitseinkommen, Altersrenten, Arbeitslosengeld, öffentliche Daseinsvorsorge steigen müssen, wenn die Produktivität der Arbeit zunimmt, wenn also die ökonomisch-technischen Voraussetzungen für einen höheren Lebensstandard erreicht sind. Es geht um die sehr grundsätzliche Feststellung, dass produktivere Arbeit die Grundlage ist für zivilisatorischen Fortschritt. Das ist eigentlich trivial. Aber im öffentlichen Bewusstsein ist dieser Satz nicht. Vgl. hierzu: Herbert Schui, Das Missverständnis mit der Armut. Gut, dass wir nur relativ arm sind: Warum die aktuelle Debatte die ungleiche Verteilung der Einkommen völlig außer Acht lässt, Zeit online 21.1.2013.

wegen der ungleichen Einkommensverteilung gefährdet sieht, deswegen höhere Steuern für hohe Einkommen und mehr staatliche Sozialleistungen empfiehlt, während die erste Fassung des Reichtumsberichts die Ungleichheit in Deutschland beim Namen zu nennen versucht, ist für die Studie der Bertelsmann Stiftung¹⁶ die Einkommensverteilung ein Punkt unter anderen: Sie versucht es mit Ablenkung. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird mit einem »Kohäsionsradar« gemessen. Mit diesem Bild von einem Echolot, das Bindekraft aufspürt, kann Vieles namhaft gemacht werden. Die Einkommensverteilung ist dann ein Punkt unter vielen. Demnach nennt die Studie für die Untersuchung des Zusammenhalts drei Gesichtspunkte: Erstens einen ideellen Gesichtspunkt (Werte, Gemeinwohlorientierung, Verbundenheit), zweitens einen relationalen Gesichtspunkt (Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder untereinander und im Rahmen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen) und drittens einen distributiven Gesichtspunkt (das Ausmaß der Ungleichheit, die Verteilung von Lebenschancen).¹⁷ Die beiden ersten Gesichtspunkte schließen Begriffe ein wie soziale Beziehungen, Netzwerke, Kooperationsbereitschaft, gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein, gemeinsame Werte, die es Menschen ermöglichen, gemeinsame Ziele und Vorhaben zu identifizieren, Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft und Identifikation mit ihr. Diese Begriffe haben sicherlich seine Bedeutung. Hierzu gehört auch die Messung von Zufriedenheits- und Wohlfühlindizes. In der einschlägigen Literatur wird dies eingehend verhandelt. Aber diese Begriffe, die Zufriedenheit, das Wohlfühlen laden dazu ein, zu versuchen, sozialen Zusammenhalt als Schein zu inszenieren, statt handfeste materielle Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Die *dritte Strategie der Aussonderung* schließlich schafft eine Ideologie, die nicht auf Vollbeschäftigung und mehr Sozialstaat abzielt, sondern bewusst das so genannte Prekariat als im Grunde defekt und genuin asozial einstuft. Diese Ideologie lässt sich mit dem vormaligen Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, so charakterisieren: »Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben, übereinstimmend die Bezeichnung »Parasiten«. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch

¹⁶ David Schiefer, Jolanda van der Noll, Jan Delhey, Klaus Boehnke, Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick. Jacobs University Bremen, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2012.

¹⁷ Ebenda, S. 16ff.

die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.«¹⁸ Also Parasiten aus Willensschwäche. Ein wesentlicher Zweck dieser Aussonderung ist, den nicht Ausgesonderten gute Gründe für pharisäerhaftes Verhalten an die Hand zu geben – hier im Sinne von selbstgerecht, engstirnig, heuchlerisch. Dies kann den sozialen Zusammenhalt insofern begünstigen, als diese nicht Ausgesonderten sich als eine homogene Gruppe verstehen können mit Eigenschaften wie Willensstärke, Fleiß, Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung. Indem diese Gruppe die Mehrheit ausmacht, schafft sie gesellschaftliche Stabilität – auch, indem sie aktiv zur Aggressivität gegenüber den im Wirtschaftsprozess Ausgesonderten beiträgt. Der Schaffung von Homogenität dient sicherlich auch die Neubelebung einer traditionellen Abneigung gegenüber bestimmten Nicht-Deutschen. Hierher gehört das Schlagwort von der »durchmischten und durchrassten Gesellschaft« des vormaligen bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber (1991) oder das Wahlkampfmotto »Kinder statt Inder« der nordrhein-westfälischen CDU im Landtagswahlkampf 2000. Ähnlich der frühere bayerische Innenminister Beckstein: Wir brauchen »mehr Ausländer, die uns nützen und weniger Ausländer, die uns ausnutzen«.¹⁹ Hier soll Homogenität doppelt begründet werden: Einmal aus der Volkszugehörigkeit heraus und weiter mit der Sorge, dass die Deutschen Parasiten im Sinne von Clement aushalten müssen. Positiv gewendet bedeutet dies, »das Volk als homogene Schicksalsgemeinschaft zu verstehen: (E)in Volk (ist) auch immer eine Schicksalsgemeinschaft (...).«²⁰ Es liegt auf der Hand, dass die dritte Strategie der Ausgrenzung eng mit politischen Mythen verbunden ist.

¹⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat, Berlin 2005. Clement ist im Herbst 2008 aus der SPD ausgetreten. Seit 2012 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

¹⁹ Zit. in Focus vom 10. Juni 2000.

²⁰ Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 30.11.2005, Protokollarische Mitschrift des Deutschen Bundestages.